

Wahlprogramm der JUSO Stadt Bern

Stadtratswahlen 2020

Eine junge, laute und linke Stimme für Bern! Die JUSO tritt zu den Stadtratswahlen 2020 mit der Forderung nach weniger Kommerz und mehr Freiheit in der Stadt an. Wir fordern eine antirassistische, feministische und barrierefreie Kultur in der Stadt Bern die alle partizipieren lässt und nicht elitäre Kulturinstitutionen subventioniert. Wir fordern eine Stadtentwicklung, die die Aneignung von Raum durch die effektive Anwohnerschaft zulässt! Wir fordern mehr demokratische Kontrolle und keinen unkontrollierten Sparwahn auf Kosten der Lohnarbeiter*innen und unterfinanzierte Services Public. Die Stadt Bern soll allen gehören die darin leben und soll für weniger privilegierte Menschen Platz schaffen statt ein Happy Land für Privilegierte zu subventionieren!

Inhaltsverzeichnis:

Kultur	1
Gleichstellung	3
Stadtentwicklung	4
Bildung	7
Finanzen	7
Bürgergemeinde	8
Sicherheit	8

Kultur

Laut Kulturstrategie 2017 - 2028 der Stadt Bern soll das städtische Kulturleben „jeden Bereich der vielschichtigen sozialen, kulturellen und ökonomischen Strukturen einer Stadt“ durchdringen. Das ist bis jetzt aber nicht mehr als ein Wunschdenken. Die Teilnahme am kulturellen Leben wird vielen Menschen aufgrund von sprachlichen, ökonomischen, sozialen, geschlechtsspezifischen, altersspezifischen oder rassistischen Barrieren verwehrt. Der Profit steht in der Gestaltung der Kulturlandschaft nach wie vor an oberster Stelle. Die Stadt Bern ist in der Verantwortung, die aktiven und passiven Gestaltungs- und Mitmachmöglichkeiten in der Stadtberner Kultur diskriminierungsfrei und niederschwellig zu gestalten. Wir fordern

ein Kulturlandschaft, an der alle mit gleichen Chancen mitwirken können, ungeachtet von Alter, Geschlecht und Herkunft.

Nachtleben

Einen Ausgang zu verbringen ohne Geld ausgeben zu müssen, ist in der Stadt Bern ausserhalb der Reitschule ein schwieriges Unterfangen. Der Profit steht an oberster Stelle und verdrängt Menschen aus dem öffentlichen Raum. Das Nachtleben findet zum Grössten Teil in der Innenstadt statt, an Hotspots wie der Reitschule oder der Aarberggasse. Dies bedeutet für Personen, welche in den äusseren Quartieren der Stadt Bern wohnen, einen langen Nachhauseweg. Dabei hilft das unzureichende und teure Moonliner-Angebot wenig. Gerade für FLINT*-Personen, ist es oft keine Option einen längeren Nachhauseweg alleine auf sich zu nehmen, sie werden so von der Teilnahme am Nachtleben ausgeschlossen. Auch Menschen unter 18 Jahren bleibt der Zugang oft verwehrt. Es gibt nur vereinzelte Ausgangslokale oder Veranstaltungen, welche auch für nicht volljährige Personen offen sind. Deren übersteuerten Eintrittspreise sind für junge Menschen aber oft nicht bezahlbar. Deshalb fordern wir als JUSO für das Berner Nachtleben:

- **Die Schaffung von Räumen und Orten an denen keine Konsumpflicht herrscht**
- **Deren dezentrale und grossflächigere Verteilung, damit Menschen aus allen Stadtteilen teilhaben können**
- **Konsequentes Einbeziehen der Bedürfnisse von FLINT*-Personen, LGBTIQ+'s und BIPOC's**
- **Eine Ausweitung des Angebots für Menschen unter 18 Jahren**

Kulturschaffende

Der aktiven Mitgestaltung der Stadtberner Kulturlandschaft werden viele Steine in den Weg gelegt. Um auf Eigeninitiative Projekte und Ideen umsetzen zu können, ist der Weg über einen riesigen Bürokratiehaufen von Bewilligungsverfahren und Anträgen etc. oft unumgänglich. Für junge Menschen oder Personen, welche keine guten Deutschkenntnisse besitzen ist dies oft nicht bewältigbar und hat einen abschreckenden Effekt. Nicht anders ist es bei der Suche nach finanzieller Unterstützung. Dafür gibt es zwar Anlaufstellen bei der Stadt, diese sind allerdings vielen nicht bekannt, schwierig zu finden und auch hier bildet sich eine Sprachbarriere. Die hohe Komplexität dieser Prozesse, hindert unter anderem Menschen mit fehlenden Sprachkenntnissen und junge Menschen an der aktiven Mitgestaltung des kulturellen Lebens der Stadt Bern. Diese Verdrängung findet nicht nur auf bürokratischem Weg statt, sondern auch räumlich. Der öffentliche Raum wird zunehmend kommerzialisiert,

Kulturschaffenden wird somit die Plattform weggenommen. Der Profit dominiert die Berner Innenstadt, Kunst ohne Profitorientierung hat keine Sichtbarkeit. Wir fordern als JUSO daher:

- **Eine drastische Vereinfachung von Bewilligungsverfahren**
- **Eine übersichtliche und einheitliche Organisation der finanziellen Unterstützungsstellen für Kulturschaffenden**
- **Die Beseitigung von sprachlichen Barrieren bei den zuständigen Verwaltungseinheiten**
- **Die Innenstadt wird werbefrei – der freiwerdende Raum wird jungen Künstler*innen zur Verfügung gestellt**

Barrierefreie Kultur?

Die Teilnahme, sei es aktiv oder passiv, am kulturellen Leben ist nicht allen gegeben. Viele der etablierten kulturellen Institutionen in der Stadt Bern, bleiben einer privilegierten Schicht erhalten. Andere soziale Schichten werden für diese Angebote nicht erreicht. Die Sprache ist auch hier ein wichtiger Schlüssel; Personen mit nur wenigen Deutschkenntnissen werden oft direkt ausgeschlossen, da Deutsch oft die einzige Kommunikationssprache ist. Die Mehrsprachigkeit muss ausgeweitet werden, um Menschen nicht von vornherein auszugrenzen.

Um Kultur einem breiteren Publikum zugänglich zu machen ist unbedingt auch die schulische Kulturförderung zu gewichten. Hier erhalten alle Kinder und Jugendlichen die Chance, am kulturellen Leben teilzunehmen, unabhängig ihrer sozialen Herkunft. Die finanziellen Mittel müssen so verteilt werden, dass nicht nur etablierte, grosse Institutionen gefördert werden. Die Verteilung muss stärker in Richtung einer freien, alternativen Kultur- und Jugendkulturszene gehen. In diesem Bereich besteht nämlich die Möglichkeit nicht nur Konsument*in zu sein, sondern aktiv selbst mitzuwirken. Dieser Teil der kulturellen Landschaft arbeitet oft nicht profitorientiert, ist also auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Die Mittel dafür sind bereits heute knapp in der Stadt Bern. Einsparungen in diesem Bereich treffen einen finanziell vulnerablen Part der Stadtkultur, stärken grosse, etablierte Institutionen den Rücken und fördern eine elitäre Kulturszene. Daher fordern wir als JUSO:

- **Keine sprachlichen Barrieren - Ausweitung des Sprachenangebots in der Kommunikation der Stadt Bern**
- **Förderung der alternativen, freien Kulturszene durch bessere Verteilung der finanziellen Mittel**
- **Stärkung der schulischen Kulturförderung**

- **Keine Einsparungen in der Kultur!**

Gleichstellung

Laut dem Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern der Stadt Bern und von LGBTIQ+-Menschen haben alle „Menschen, die in Bern leben und/oder arbeiten, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Geschlechts-Identität und ihrer sexuellen Orientierung dieselben Chancen, selbstbestimmt und frei von Diskriminierung ihre Lebensentwürfe zu verwirklichen. Sie prägen und gestalten gleichberechtigt das Zusammenleben in der Stadt Bern in all seinen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Facetten.“¹ Jedoch sind wir von diesem Ziel noch weit entfernt, denn in unserer Gesellschaft werden FINT* systematisch benachteiligt: Sie erhalten weniger Lohn, ihrer Care-Arbeit wird kaum Wert zugesprochen und sie sind sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Dagegen wehren wir uns! Wir wollen eine feministische Gesellschaft mit gleichen Rechten und Raum für alle. Darum fordern wir:

- **Geld, Zeit und Respekt!**
- **Gratis Tagesbetreuungsplätze in der Stadt Bern**
- **Keine Einsparungen im Bereich der bezahlten Care-Arbeit**

Stadtentwicklung

Im stadträumlichen Entwicklungskatalog (STECK) 2016 schreibt die Stadt Bern: “Bern wächst dynamisch, Bern ist grün und vernetzt, Bern lebt in den Quartieren”. Drei Leitsätze die die Stadtentwicklung bis 2030 prägen sollen. Dynamischer Wachstum soll sich unter anderem daran orientieren, dass die Lebensqualität gewahrt werden kann - die Lebensqualität aber von welchen Menschen? Als Stadt müssen wir dafür sorgen, dass Menschen die von systematischen Diskriminierungsformen betroffen sind, aktiver Teil der Stadt sind und die Bedürfnisse aller Menschen einbezogen werden und nicht bloss die “Lebensqualität” von privilegierten Menschen gewahrt wird. Die Stadt Bern ist kein Happy Land für alle sondern ein Happy Land für privilegierte, solange wir nicht alle Menschen partizipieren lassen und die Möglichkeiten dafür schaffen. Wir fordern eine feministische, antirassistische und barrierefreie Stadtentwicklung!

Feministische Stadtentwicklung

Die Stadt rühmt sich selbst immer einer sehr aktiven und fortschrittlichen Wohnbaupolitik und Stadtentwicklung. Im STECK will die Stadt Bern eine Stadt der kurzen Wege. So sollen Wohngebiete

¹ Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männer und LGBTIQ*-Menschen 2019 - 2022 der Stadt Bern, S. 5.

angelegt werden, die kurze Pendler*innenwege ermöglichen. Die Fokussierung auf einfache Pendler*innenwege ist klar geprägt durch eine stereotypische männliche Lebensrealität. Studien aus London und Karlskoga (Schweden) zeigen auf, dass Menschen mit nicht stereotypisch männlicher Lebensrealität 25-39% mehr verknüpfte und komplizierte Wege zurücklegen in ihrem Alltag.² Neben der unterschiedlichen Nutzungen von Verkehrsmittel und Fusswegen ist die Priorisierung des weißen, heterosexuellen Mannes auch in der Wohnbaupolitik zu sehen. Die Vermeidung von Mischzonen aus Gewerbe, Industrie und Wohnen scheint in erster Linie als Förderung von trennbaren Lebensräumen. Jedoch ist auch hier nur eine einseitige Lebensrealität abgebildet. Frauen*, die den größten Teil der unbezahlten Care-Arbeit übernehmen, wird durch eine solche Zonierung der Alltag erschwert, da der ÖV auf die Innenstadt fokussiert ist und wichtige Infrastruktur sich tendenziell im Zentrum befindet. Das Beispiel der Stadt Wien, die mit der Frau-Werk-Stadt I eine gendergerechte Wohngegend geschaffen hat zeigt einen Ansatz für feministische Stadtentwicklung. Prozesse der Gentrifizierung verdrängen zudem Menschen, die finanziell und gesellschaftlich weniger privilegiert sind und schaffen ein Happy Land der privilegierten. Wir fordern:

- **Den Fokus auf die Wege nicht-männlicher Realitäten bei der Planung der öffentlichen Infrastruktur, wie ÖV, legen**
- **Die Anforderungen an neue Wohnkomplexe und Wohnzonen auf intersektionale und feministische Analysen fokussieren und nicht-männliche Realitäten in den Fokus rücken**
- **Die Lebensqualität nicht bloss wahren, sondern gezielt gegen die Reproduzierung systematischer Diskriminierungsformen in Wohnbaupolitik und Entwicklung des öffentlichen Verkehrs vorgehen**
- **Aktive Bekämpfung der Gentrifizierung durch**
 - a. **Verbot von Landverkauf der Stadt Bern**
 - b. **Verbot von profitorientierten Bauprojekten bei städtischen Bauprojekten.**
 - c. **Zwischennutzungspflicht von leerstehenden, nicht genutzten Gebäuden für Wohnen, Kultur und soziales Leben**

Freiraumplanung und -gestaltung

Neben der Kommerzialisierung öffentlicher Plätze ist die Gestaltung von Freizeitorien und öffentlichen Plätzen ebenfalls dominiert durch eine stereotypisch männliche Perspektive. Grünflächen und Parkanlagen sind oft unübersichtlich und bieten nur begrenzte Rückzugsorte. Diese Rückzugsorte sind eminent wichtig, denn sie bieten Sicherheit und ermöglichen die Teilnahme von FINT* Personen am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben auf diesen Anlagen. Beispiele aus Wien zeigen, dass sich Mädchen ab dem 12. Lebensjahr nicht mehr in Parks aufhalten sofern es keine solchen Rückzugsorte gibt. Dies führt zu einer Segregierung der Gesellschaft die keinen Platz haben darf! Ein weiterer zentraler Aspekt sind öffentliche Toiletten. So sind in der Stadt Bern öffentliche Toiletten rar und kostenpflichtig. Zudem sind öffentliche Toiletten immer in Frauen- und Männertoiletten unterteilt, was zum Ausschluss von Inter-, Trans- und Non-Binären Personen führt. Wir fordern deshalb:

² Vgl. Caroline Perez, Unsichtbare Frauen.

- **Schaffung von Parkanlagen, Grünflächen und Freiräumen, die der Realität von FLINT* Personen gerecht wird und deren Perspektive und Bedürfnisse berücksichtigt**
- **Schaffung von öffentlichen, genderneutralen Toiletten**
- **Keine weitere Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes mit Ausschluss von finanziell weniger begünstigten Personen**
- **Der Öffentliche Raum muss allen Personen zugänglich sein, unabhängig von der Nutzung**

Antirassistische Stadtentwicklung

Segregierte Städte wie in den USA kennt die Stadt Bern nicht in diesem Ausmaß und trotzdem hat Rassismus und die daraus resultierende strukturelle Diskriminierung von BIPOC's ebenfalls einen Einfluss auf die Stadt und die Stadtentwicklung. Der Anteil Ausländer*innen erhöht sich klar bei Quartieren am Stadtrand, die weniger gut angebunden sind. In Freiräumen und im Nachtleben ist die systematische Diskriminierung von BIPOC's unter anderem am Racial Profiling der Polizei zu erkennen.

Historisch ist die Stadt Bern geprägt durch ihre indirekte Bereicherung im Kolonialismus und dessen Unterdrückung von BIPOCs. Ein Zeichen dafür ist die Bürgergemeinde. Entstanden zu Beginn des 19. Jahrhunderts aus den Berner Patrizierfamilien hat sie einige Verankerungen im Kolonialismus. So ist die Zunft "zum Mohren", die zu den Gesellschaften und Zünften der Stadt Bern gehört, welche burgerliche Korporationen sind, schon namentlich und symbolisch klar in der kolonialen Ausbeutungsstruktur verankert. Sie investierte in die britische Südseekompanie beträchtliche Summen. Aber auch bekannte Patrizierfamilien wie "von Graffenried", von welcher der Stadtpräsident abstammt, haben Wurzeln in kolonialer Ausbeutung.

Strassennamen, Statuen und Symbole die auf die Koloniale Vergangenheit der Stadt Bern hinweisen gibt es einige. Ein reflektierter Umgang mit dieser Vergangenheit und der eigenen Geschichte fehlt bislang. Wir fordern:

- **Antirassistische und Postkoloniale Perspektiven und Analysen in der Stadtentwicklung einzubeziehen um sichere Freiräume und Wohnorte zu schaffen**
- **Reflektierter Umgang mit der kolonialen Vergangenheit & Geschichte der Stadt Bern durch Umbenennung von Straßennamen und Informationen zu Statuen**
- **Auflösung der Bürgergemeinde als privilegierte Parallelgesellschaft, welche sich durch den Kolonialismus bereichert hat.**

Barrierefreie Stadtentwicklung

Öffentlicher Raum sollte für alle zugänglich sein und von allen mitgestaltet werden können. Die Partizipationsprozesse der Stadt Bern sind jedoch nicht genügend um alle Menschen gleichberechtigt einbeziehen zu können. Eine Barrierefreie Stadtentwicklung basiert aber auf der Partizipation aller und der kritischen Reflexion von Privilegien. Durch die Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes

wird dieser barrierefreien Stadtentwicklung entgegen gearbeitet und der Zugang erschwert. Aber auch durch infrastrukturelle Hindernisse wie nicht barrierefreie Parks, wird der Zugang verunmöglicht. Barrierefreiheit bedeutet, dass Personen die von systematischen Diskriminierungsformen betroffen sind partizipieren können und ihre Bedürfnisse, Anliegen und Perspektiven gehört und umgesetzt werden. Deshalb fordern wir:

- **Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und im öffentlichen Verkehr**
- **Verstärkte Partizipationsformen für die Bewohnenden der Stadt Bern die in Zusammenarbeit mit verschiedensten Anspruchsgruppen erarbeitet werden**
- **Freiheit für die Aneignung von öffentlichem und ungenutztem Raum sowie Entkriminalisierung von Besetzungen!**
- **Der Gentrifizierung entgegenwirken, die segregierend wirkt und Menschen verdrängt**

Mobilität

Zugängliche Mobilität innerhalb einer Stadt ist zentral für Barrierefreiheit und Partizipation an der Entwicklung der Stadt. Mit Bernmobil ist der öffentliche Verkehr zwar in halb-öffentlichen Händen, die Gesellschaft und Öffentlichkeit kann bei wesentlichen Änderungen jedoch nicht mitreden. So unter anderem in der Preispolitik des öffentlichen Verkehrs. Die Billettpreise sind in den letzten Jahren gestiegen obwohl damit die Zugänglichkeit zum öffentlichen Verkehr gemindert wird. Die Förderung des öffentlichen Verkehrs ist nicht nur aus sozialen Gründen wichtig, sondern ebenfalls aus ökologischer Sicht. Wir fordern deshalb:

- **Rückverstaatlichung von Bernmobil um die demokratische Kontrolle über wichtige, öffentliche Infrastruktur zu gewährleisten**
- **Für alle zugänglicher öffentlicher Verkehr durch Abschaffung von Billettpreisen**
- **Autofreie Stadt für den Kampf gegen die Klimakrise und gegen die Verschwendung des öffentlichen Raumes mit Parkplätzen**

Bildung

Politische Bildung ist die Grundlage für Partizipation in unserem demokratischen System. Es muss die Aufgabe der obligatorischen Schule sein, diese zu vermitteln, und den Schüler*innen so die Grundlagen in die Hand zu geben, für ihre Rechte zu kämpfen und für ihre Interessen einzustehen. Davon kann heute aber nicht gesprochen werden. Politische Bildung ist weitgehend Sache des Elternhauses und somit ein enormes Privileg. Bis anhin geht die schulische Bildung über die Namen der sieben aktuellen Bundesrät*innen nicht viel hinaus. Als Grundlage für die politische Partizipation ist dies absolut unzureichend. Ein demokratisches System hängt von der aktiven Teilnahme der Menschen ab. Deshalb sehen wir die Schulen in der Verantwortung, politische Bildung aktiv zu vermitteln. Den

Schüler*innen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich über ihre Rechte und Partizipationsmöglichkeiten zu informieren. Dies beginnt auf lokaler Ebene, und nicht beim Bundesrat. Deshalb sehen wir die Einführung eines Politprojekttags mit externen Expert*innen als ein geeignetes Mittel. Politische Bildung darf kein Privileg bleiben!

Die Entwicklung in Richtung digitales Lernen der letzten Jahre, und insbesondere die Herausforderungen der Coronakrise, haben gezeigt, dass Notebooks, Smartphones und Tablets aus dem Schulalltag nicht mehr wegzudenken sind. Die Herausforderungen der letzten Monate haben aber auch umso mehr gezeigt, dass die Voraussetzungen für digitales Lernen, speziell im Fernunterricht, extrem unterschiedlich sind. Die verschiedenen Ausgangssituationen müssen berücksichtigt werden, um allen Kindern und Jugendlichen gleichermaßen qualitativen Unterricht zu ermöglichen und niemanden zurückzulassen. Der Umgang mit technischen Geräten und digitalen Programmen ist nicht allen Kindern und Jugendlichen auf gleiche Weise beigebracht worden und Unterstützung von zuhause ist nicht bei allen gewährleistet. Den diversen Situationen von Schüler*innen, hinsichtlich digitalem Lernen, muss konsequent Rechnung getragen werden. Die Schule ist in der Verantwortung in diesem Bereich Unterstützung anzubieten. Niemand darf im Schulalltag zurückgelassen werden! Wir als JUSO fordern:

- **Die Einführung eines Politprojekttags ab der Mittelstufe. Politische Bildung ist Verantwortung der obligatorischen Schule!**
- **Den unterschiedlichen sozialen und finanziellen Situationen muss bei der Digitalisierung des Schulalltags konsequent Rechnung getragen werden! Dazu gehört:**
 - **Kurse und begleitende Unterstützung im Umgang mit digitalen Programmen und technischen Geräten**

Finanzen

Die drohende Abbaupolitik der Stadt Bern muss unbedingt unterbunden werden. Durch die Coronakrise wurde das Finanzdefizit der Stadt Bern zwar vergrößert, dies ist jedoch kein Grund, unkontrolliert zu sparen. Gespart wird bei ungebundenen Geldern, so zum Beispiel bei der Jugendkultur. Eine solche einseitige Einsparung bei sowieso schon vulnerablen Punkten muss verhindert werden! Unter dem unkontrollierten Sparwahn leiden breite Teile der Bevölkerung. Nur reiche Kinder aus Privatschulen sind nicht davon betroffen, wenn die Bildungsausgaben weiter gekürzt werden. Existenzen sind bedroht, wenn mitten in einer Krise städtisches Personal entlassen wird. Wir dulden daher keine Kürzungen oder Entlassungen. Der Gemeinderat darf sich nicht durch den bürgerlichen Sparwahn treiben lassen sondern muss Einsparungen so planen, dass nicht bei bereits unterfinanzierten Sparten wie Bildung, Jugendkultur und Inklusionsprojekten gespart wird

sondern bei Institutionen, die auch über andere Quellen finanziert werden können. Zudem muss die Stadt Bern neue Einkommensquellen schaffen, so durch die Auflösung der Bürgergemeinde oder der Rückverstaatlichung von Betrieben wie Bernmobil oder der EWB. Wir fordern:

- **Keine Einsparungen in Jugendkultur, Inklusionsprojekten sowie freischaffenden Kultur- & Kunstschaffenden!**
- **Keine Einsparungen bei Betreuungsinstitutionen!**
- **Keine Abbaupolitik auf dem Rücken des Stadtpersonals, sondern Verstärkung des Kündigungsschutzes!**
- **Auflösung der Bürgergemeinde sowie Rückverstaatlichung von ehemals städtischen Betrieben!**

Bürgergemeinde

Die Bürgergemeinde hat im Jahr 2020 keine Existenzberechtigung mehr!

Ein Drittel des städtischen Grund und Bodens, zahlreiche Wälder, Immobilien sowie kulturelle Institutionen gehören der Bürgergemeinde Bern. Gerechtfertigt? Nein: All diese Vermögenswerte wurden 1852 durch eine Vereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde und der Bürgergemeinde der Stadtbevölkerung entzogen. Dies ohne jegliche Gegenleistung. Durch die Rückführung an die Einwohnergemeinde der Stadt Bern würden diese Vermögenswerte dem burgerlichen Machtgefüge entzogen und dahin geführt, wo sie hingehören: In die demokratische Kontrolle der Stadtbevölkerung. Solange Bürger*innen in den Genuss von ungerechtfertigten sozialen Vorteilen (eigene «KESB», diverse Nutzungsrechte, Bürgerstipendien) kommen, herrscht keine Gleichberechtigung innerhalb der Stadtbevölkerung. Die fetten Jahre der Bürger sind vorbei. Wir arrangieren uns nicht mehr länger mit dieser adligen Machtgesellschaft und fordern daher:

- **Das Burgervermögen soll zum Volksvermögen werden**
- **Die Vermögenswerte der Bürgergemeinde sollen der Stadtbevölkerung zugänglich gemacht werden**
- **Die Bürgergemeinde gehört abgeschafft!**

Sicherheit

Die Arbeit der Kantonspolizei Bern war in den letzten Jahren alles andere als befriedigend. Eskalation, statt Deeskalation, einhergehend mit Machtdemonstrationen und Repression. Das Vorgehen der Kantonspolizei Bern zeugt von Inkompetenz und ist für uns als JUSO inakzeptabel. Viele der Vorfälle der letzten Jahre fanden auf dem Gebiet der Stadt Bern statt. Als Kantonspolizei, liegen jedoch die Kompetenzen von politischer und behördlicher Seite fast ausschliesslich auf kantonaler Ebene. Um den Herausforderungen der städtischen Bedürfnisse auf angemessene Weise gerecht werden zu können, muss die Stadt selbständig über ihre Sicherheitspolitik entscheiden. Deshalb ist eine Stadtpolizei, als städtische Behörde unter städtischer Kontrolle unerlässlich. Für unverhältnismässiges, repressives und übergriffiges Verhalten seitens der Polizei muss eine Ombudsstelle geschaffen werden. Nur wenn eine Anlaufstelle für Betroffene* solcher Vorfälle existiert, können diese angemessen geahndet, und Massnahmen getroffen werden.

Aber damit ist es nicht vorbei mit der Repression und Eskalationen von Seiten der Polizei. Es ist dringend nötig die Ausbildung im Bezug der Deeskalation noch weiterzubringen und immer wieder in das Training einzubinden. Auch gegen Racial Profiling müssen antirassistische Bildungswerke zur Verfügung stehen um rassistische Strukturen aufzubrechen und für die Zukunft zu verhindern.

Die JUSO Stadt Bern weiss dass mit Dialog viel mehr erreicht werden kann als mit Einschüchterung und Machtdemonstration. Deshalb ist es an der Zeit das die Stadt Bern mehr Sozialarbeiter*innen in Hotspots, an denen Jugendliche und jungen Erwachsenen verweilen, einsetzt um deeskalierend konstruktiven Lösungen finden.

Die Privatsphäre der Menschen in der Stadt Bern ist ein wichtiges Gut. Es ist der JUSO klar das mit mehr Überwachungskameras nicht mehr Sicherheit generiert wird. Deshalb ist es immer wieder unverständlich warum die Videoüberwachung ausgebaut werden sollte. Unsere ideale Stadt soll keine Überwachungskameras haben. Jede und jeder hat das Recht sich in der Stadt frei von Überwachung zu bewegen.

Deshalb fordert die JUSO Stadt Bern:

- **Eine Stadtpolizei und dazugehörige städtische Ombudsstelle**
- **Eine konkrete antirassistische und gewaltfreie Ausbildung für Polizist*innen und ein Verbot von Racial- und Ethnical Profiling in der Stadt Bern**
- **Mehr Sozialarbeiter*innen auf den Strassen für deeskalierende Dialogarbeit**
- **Ein Verbot von Überwachungskameras in der Stadt Bern**